

# Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder

Die Gleichheit erscheint alle vierzehn Tage einmal.  
Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich  
ohne Bestellgeld 55 Pfennig; unter Kreuzband 85 Pfennig.  
Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart  
29. September 1916

Zuschriften an die Redaktion der Gleichheit  
sind zu richten an Frau Clara Zetkin (Zunobel, Wilhelmshöhe,  
Post Degerloch bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich  
in Stuttgart, Furtach-Straße 12.

## Inhaltsverzeichnis.

Einladung zum Abonnement. — Von der österreichischen Arbeiterinnen-  
bewegung. Von Adelheid Popp. — Die Kriegserwerbslosenfürsorge  
in Württemberg. Von R. (Schluß). — Gewerkschaftliche Rundschau.  
— Genossenschaftliche Rundschau. Von H. F.  
Notizenteil: Für den Frieden. — Sozialistische Frauenbewegung im  
Ausland. — Frauenarbeit. — Verschiedenes.

## Einladung zum Abonnement.

Der Weltkrieg mit seinen Begleiterscheinungen weist gebie-  
terisch die Frauen des werktätigen Volkes auf ihre Pflicht hin,  
sich zahlreicher als bisher um das Banner des Sozialis-  
mus zu scharen, und von einer klaren, festen sozialistischen  
Weltanschauung beseelt an der gesellschaftlichen Entwicklung  
tätig mitzuwirken. Denn kein Zweifel: die blutige Ausein-  
anderetzung zwischen den Staaten wird tiefe, langnachhaltende  
Spuren in dem wirtschaftlichen, politischen und kulturellen  
Leben der Völker hinterlassen, und gerade den breiten  
Massen werden in der Folge die verantwortungsvollsten  
weittragenden Aufgaben zufallen.

An der Lösung dieser Aufgaben zielklar und opferfreudig  
mitzuarbeiten wird auch die Pflicht der Frauen sein. In  
allen Ländern hat der Krieg helles Licht darauf geworfen,  
wie wertvoll, wie unentbehrlich die Mitarbeit der Frauen  
auf wirtschaftlichem Gebiet und im öffentlichen Leben ist, wie  
bedeutungsvoll ihr häusliches Walten. In reichem Maße und  
mit größter Selbstlosigkeit erfüllen die Frauen in dieser schweren  
Zeit Bürgerpflichten. In der Zukunft hat das nicht nur  
noch mehr zu geschehen, sondern dem Eifer, der Hingabe  
muß auch die Einsicht in das gesellschaftliche Getriebe und  
Geschehen ebenbürtig sein, und die Zielklarheit des Wol-  
lens und Handelns, die daraus erwächst. Eine der vor-  
nehmsten Sorgen der Frauen selbst muß dabei sein, ohne  
Wanken und Schwanken es durchzusehen, daß sie ihre Bürger-  
pflichten auf Grund gleichen und vollen Bürgerrechts  
für alle erfüllen können. Lauter und eindringlicher, aber  
auch zielklarer als je muß die Losung erschallen: Heraus mit  
dem Wahlrecht für alle Großjährigen, ohne Unter-  
schied des Geschlechts.

Angelehnt der Lage und ihrer Aufgaben gewinnt die Samm-  
lung und Durchbildung der proletarischen Frauen erhöhte  
Wichtigkeit. Das Werk dieser Sammlung und Durchbildung muß  
aber von der sozialistischen Weltanschauung beherrscht  
werden, und zwar von einer sozialistischen Weltanschauung,  
die sich nicht wie ein schwaches Rohr unter die Ereignisse  
und Stimmungen des Tages beugt, vielmehr selbst die festen  
Maßstäbe zur Beurteilung der Ereignisse und Stimmungen  
gibt. Im Dienst einer solchen geschlossenen, einheitlichen Welt-  
anschauung will die „Gleichheit“ auch in ihrem 27. Jahr-

gang wirken. Denn weit davon entfernt, eine Abschwächung  
und Abstumpfung der sozialistischen Auffassung gesellschaft-  
licher Dinge zu lehren, predigt der Krieg mit gewaltiger  
Stimme die Notwendigkeit der klarsten Herausarbeitung, der  
größten Vertiefung der sozialistischen Auffassung, als der un-  
erschütterlichen Grundlage für die künftige Einheit des  
Erkennens, Wollens und Handelns.

Ihrer grundsätzlichen Anschauung getreu wird die „Gleich-  
heit“ entschieden die Interessen der Proletarierinnen auf  
durchgreifende Reformen in der bürgerlichen Ordnung  
vertreten, wird sie jedoch auch jederzeit für die Ablösung  
dieser Ordnung durch den Sozialismus kämpfen. Als  
Organ der deutschen Genossinnen will sie die Beraterin der  
proletarischen Frauen für ihre Beteiligung am Befreiungs-  
werk ihrer Klasse bleiben. Sie wird weiter wie ein Viertel-  
jahrhundert lang mit aller Energie und Schärfe kämpfen für  
die volle soziale Befreiung des gesamten weiblichen  
Geschlechts, wie sie einzig und allein in einer sozia-  
listischen Gesellschaft möglich ist. Denn nur in einer  
solchen verschwindet mit den jetzt herrschenden Eigentums-  
und Wirtschaftsverhältnissen der Gegensatz zwischen Besitzen-  
den und Nichtbesitzenden, der soziale Gegensatz zwischen Mann  
und Frau, zwischen Kopfarbeit und Handarbeit, verschwindet  
damit auch der Konflikt zwischen Berufsstätigkeit und Mutter-  
schaft in seiner rohen, brutalen Form und mit seinen furcht-  
baren Folgen. Die Aufhebung der Gegensätze kann jedoch  
nur das Werk der ringenden Arbeiterklasse sein. Will  
die Frau des schaffenden Volkes frei werden, so muß sie sich  
der allgemeinen sozialistischen Arbeiterbewegung an-  
schließen. Diese Verpflichtung den Proletarierinnen zum Be-  
wußtsein zu bringen, die Proletarierinnen für das große Be-  
freiungsringen zu rüsten, das soll wie bisher so auch in Zu-  
kunft das Hauptbestreben der „Gleichheit“ bleiben.

Daneben will jedoch die „Gleichheit“ noch weitere Auf-  
gaben erfüllen. Jede Nummer hat zwei Beilagen, von denen  
die eine der besseren Ausrüstung der proletarischen Frau für  
die Pflichten als Mutter und Hausfrau wie einer guten bil-  
denden Unterhaltungslektüre gewidmet ist, von denen die  
andere Kinderlektüre bringt, die in dem heranwachsenden  
proletarischen Geschlecht sozialistisches Fühlen und Denken  
fördern soll. Wir hoffen, daß das Blatt sich in seinem 27.  
Jahrgang die alten Sympathien erhält und neue Freunde  
erwirbt.

Der Preis der „Gleichheit“ beträgt vierteljährlich ohne  
Bestellgeld 55 Pfennig.

Probe- und Agitationsnummern werden jederzeit unentgelt-  
lich abgegeben. Eine recht weite Verbreitung der „Gleichheit“  
hoffen

Die Redaktion und der Verlag.



## Von der österreichischen Arbeiterinnenbewegung.

Beinahe könnte es scheinen, als würden die österreichischen Genossinnen der Ruhe pflegen in der Zeit, wo die Welt die schwersten Erschütterungen erlebt. So ist es aber nicht. Ganz im Gegenteil: eine intensive Agitationsarbeit wurde während des Winters geleistet und bis in die Sommermonate fortgesetzt. Gleichzeitig wurden alle Vorbereitungen getroffen, um im kommenden Herbst neuerlich mit einer großen Werbeaktion einzusetzen. Wichtig ist ja, daß die ersten Kriegsmomente unserer Bewegung eine schwere Erschütterung gebracht haben. Zum Erstaunen aller, die meinten, im Kriege würden sich die Frauen ganz naturgemäß als die „Träger“ der Parteiorganisation bewähren, weil sie ja nicht „gemustert“ werden, zeigte sich, daß der Stand der weiblichen Mitglieder in Partei wie Gewerkschaften einen starken Rückgang erlitten hat. Nur 36 Prozent sind uns von den weiblichen Mitgliedern der Partei im ersten Kriegsjahr erhalten geblieben.

Das Frauenreichs-Komitee hat in Österreich bekanntlich die politische Organisation und Agitation unter den Frauen zu leiten und der Partei über seine Tätigkeit zu berichten. Es hatte mit Erschrecken wahrgenommen, wie viele unserer weiblichen Mitglieder die Organisation während des Kriegs für entbehrlich hielten. Die Genossinnen gingen daran, Wandel zu schaffen. Die erste Zusammenkunft von weiblichen Vertrauenspersonen aus dem ganzen Reiche fand schon im November 1914 statt. Dort wurde den Genossinnen ein Bild vom Rückgang der Bewegung gegeben, und einhellig kam man zur Überzeugung, daß man nicht länger untätig zusehen könne, wie die mühsam aufgebaute Organisation zugrunde gehe. Die Wiener Genossinnen setzten mit einer stillen, aber intensiven Agitationsarbeit ein. Für Niederösterreich fand im Februar 1915 eine Frauenkonferenz statt, die den Ausgangspunkt für eine besonders ergebnisreiche Agitationsarbeit unter den Frauen bildete.

Versammlungen über die Teuerungsverhältnisse unterstützten die Agitation. Im Herbst 1915 fand abermals eine Landeskonferenz der niederösterreichischen Genossinnen statt, zu der auch die Vertrauenspersonen aus den anderen Provinzen eingeladen worden waren, damit sie Gelegenheit erhielten, durch das lebendige Wort zu erfahren, daß auch im Kriege die proletarischen Aufgaben erfüllt werden müssen. Es konnten jedoch leider nicht alle Organisationsleiterinnen — Landesvertrauenspersonen genannt — zu der Konferenz kommen, weil in einigen Provinzen die Nähe des Kriegsschauplatzes das Reisen erschwerte, aber die Vertrauenspersonen aus den ausschlaggebenden Landesteilen, aus Böhmen, Steiermark und Österreich waren erschienen. Auch ungarische Genossinnen wohnten der Tagung bei, da uns mit den Sozialdemokratinnen Ungarns ein besonders inniges Verhältnis verbindet.

Die Konferenz beschäftigte sich mit dem großen Problem der durch die Kriegsindustrie geschaffenen neuen Arbeiterinnenheere. Man erörterte nach den verschiedenen Seiten hin die Bedeutung der ungeheuren Ausdehnung der Frauenarbeit. Die Organisation der jungen Mädchen wurde besprochen und eine einheitliche Aktion für die Forderung nach Erhöhung der staatlichen Unterhaltsbeiträge für die Kriegerfrauen und -kinder beschlossen. Bald darauf erschien der in der „Gleichheit“ schon erwähnte Erlaß der Seeresleitung über die Mobilisierung der Frauen und bot Gelegenheit, im ganzen Reiche, soweit die Beziehungen der Organisation reichen, Versammlungen abzuhalten mit dem Thema: Die Erhöhung des Unterhaltsbeitrags, Frauenarbeit und Arbeiterinnenschutz. Über diese Aktion und ihren teilweisen Erfolg wurde in der „Gleichheit“ schon berichtet; es muß jedoch im Zusammenhang auf ihn verwiesen werden, weil mit diesem Vorstoß der Genossinnen der neue Aufschwung der Frauenorganisation zusammenhängt.

Landeskonferenzen oder mindestens Besprechungen der Organisationsleiterinnen fanden seither in verschiedenen Organisationsgebieten statt. In größerer Auflage ist auch ein Flugblatt zur Verbreitung gelangt, das den Frauen die Notwendigkeit der Organisation darlegt. Mittlerweile war die Zeit des internationalen Frauentags herangekommen, und ohne Übertreibung kann gesagt werden, daß unser Frauentag glänzend gelungen ist. Zum Teil fanden die Versammlungen in überfüllten und polizeilich gesperrten Lokalen statt. Die Propagandaschrift für das Frauenwahlrecht: „Der Frauentag“ wurde vom Frauenreichs-Komitee herausgegeben und in großer Auflage verbreitet.

Versammlungstouren von Genossinnen in die größten Industriegebiete fanden statt, und fast ohne Ausnahme waren unsere Veranstaltungen gut besucht und brachten neues Leben in die Frauenorganisation. Das Steigen um 2000 der im ersten Kriegsjahr stark zurückgegangenen Auflage der Arbeiterinnenzeitung drückt zum Teil die geleistete Arbeit aus. Als Ende März eine Reichskonferenz der Partei stattfand, die an Stelle des durch den Krieg ausgefallenen Parteitags trat, waren auch über dreißig Genossinnen als Delegierte erschienen. Das Frauenreichs-Komitee vereinigte sie zu einer Besprechung, um dadurch die Arbeiten der Frauenorganisation zu fördern. Alle angeregten Maßnahmen haben sich bewährt. Die auf 36 Prozent des früheren Standes zurückgegangene Zahl der weiblichen Parteimitglieder ist inzwischen wieder auf 62 Prozent gestiegen. Die für den Herbst und Winter geplanten Arbeiten werden, wie wir erwarten, den gleichen Erfolg bringen. Das Frauenreichs-Komitee wird in den nächsten Wochen eine Werbefroschüre erscheinen lassen, die sich an die Arbeiterfrauen sowie an die neuen Arbeiterinnen wendet, um sie für die Partei wie auch für die Gewerkschaften zu gewinnen. Es ist nämlich auffällig, daß trotz der ungeheuren Vermehrung der weiblichen Arbeitskräfte die Gewerkschaften keine neuen weiblichen Mitglieder gewonnen haben, sondern daß deren Zahl von rund 42000 im Jahre 1913 auf 25000 im Jahre 1915 zurückgegangen ist. Die Gewerkschaften für die Erwerbstätigen von Industrien, die durch den Krieg erschüttert, zum Teil ganz stillgelegt worden sind, wie die Textilindustrie, haben naturgemäß starke Verluste an Mitgliedern erlitten. Die Organisationen aber für die Arbeiterschaft der sogenannten Kriegsindustrien haben an weiblichen Mitgliedern nicht gewonnen. Die Genossinnen sehen mit Besorgnis diese Dinge, da ein Zufließen von unorganisierten und von der Organisation nicht zu erfassenden Arbeiterinnen die wirtschaftliche Lage nicht bloß dieser Proletarierinnen, sondern der gesamten Arbeiterschaft nach dem Kriege ungünstig beeinflussen muß. Viele von den Organisationen im langjährigen, opfervollen Kampf errungene Verbesserungen werden bedroht, wenn unorganisierte weibliche Arbeitskräfte in Konkurrenz mit den männlichen Arbeitskräften treten.

All den Erscheinungen, die im Zusammenhang mit den Wirkungen des Krieges, namentlich der raschen und riesigen Ausdehnung der Frauenarbeit stehen, widmet das Frauenreichs-Komitee seine Aufmerksamkeit. Die im Druck befindliche Broschüre wird in großer Auflage hergestellt und soll zur Häuser- und Werkstättenagitation benützt werden. Wahrscheinlich dürfte im Anschluß an diese Agitation wieder eine Frauenkonferenz folgen, um Beschlüsse zu fassen, wie die neugewonnenen Mitglieder festzuhalten sind.

Im vorstehenden ist kurz zusammengefaßt, welche Aufgaben sich die österreichischen Genossinnen während des Krieges gestellt haben. Außerdem arbeitet noch ein Kreis von geschulten, erfahrenen Genossinnen in der gesellschaftlichen Organisation. In drei Vereinen der Kinderfreunde, die die Sorge um das proletarische Kind auf sich genommen haben, sind ebenfalls Genossinnen unermüdet tätig. Bei der Hilfsaktion in Wien und einigen Provinstädten wirkt ein kleiner Kreis von Genossinnen mit, danach strebend, daß die Fürsorgemittel für die durch den Krieg in Not geratenen Frauen und Kinder gerecht und unparteiisch verwendet werden. Auch



in den Approvisionierungsausschüssen und Kriegskommissionen arbeiten einige Genossinnen sehr verdienstlich und anregend. Unsere Hauptarbeit ist aber die sozialdemokratische Agitation und Organisation. Die Organisation während des Krieges zu erhalten und zu stärken für die Zeit nach dem Kriege: diesem Ziel widmen wir vornehmlich unsere Kräfte. Wären wir schon so weit, die Kraft und Zielklarheit unserer Organisationen nach dem Krieg erproben zu können, so würden wir alle befreit und beseligt aufatmen. In dieser Sehnsucht wissen wir uns eins mit den Genossinnen aller Länder.

Adelheid Popp.

## Die Kriegserwerbslosenfürsorge in Württemberg.

(Schluß.)

Geradezu unhaltbar ist auch der Umstand, daß nur die Textilarbeiter den Zuschuß bekommen, deren Arbeitgeber die Hälfte davon trägt. Die andere Hälfte des Zuschusses wird aus Reichsmitteln bestritten. Mit welchem Recht entzieht man den Arbeiterinnen eines hilfslosen oder auch finanziell schwachen Arbeitgebers die Hälfte des Unterstützungszuschusses, die aus öffentlichen Mitteln gedeckt wird?

Der Kampf um bessere Erwerbslosenfürsorge darf aber nicht allein den Organisationsleitungen überlassen bleiben. Die Arbeiter, namentlich auch die Arbeiterinnen müssen selbst mit Hand ans Werk legen, müssen sich rühren und regen, um weitere Verbesserungen zu erreichen. Das nächste Ziel muß sein die Einführung der erhöhten Sätze in allen Orten.

Die Fürsorgeeinrichtungen der Gemeinden Feuerbach und Stuttgart sind in mancher Hinsicht bedeutend besser als das, was im allgemeinen geschaffen worden ist.

Der grundlegende Unterschied ist der, daß in beiden Gemeinden jede erwerbstätige Person selbständig behandelt wird. Auch die Unterstützungssätze sind allgemein höher. Die Bestimmungen sind im wesentlichen folgende.

Die Unterstützung beträgt pro Tag (für 6 Tage wöchentlich):

1. Für Ledige ohne Unterschied des Geschlechts unter 21 Jahren 1,60 Mk., über 21 Jahren 2 Mk.
2. Für Haushaltsvorstände 3 Mk.
3. Kinderzulagen: Für 1 und 2 Kinder 60 Pf., 3 und 4 Kinder 1,20 Mk. usw. Arbeitslose Frauen, deren Männer in Arbeit stehen, erhalten die Unterstützung wie Ledige; Frauen, deren Männer im Heeresdienst sind, werden den Ledigen über 21 Jahren gleichgestellt und beziehen dazu die Kinderzulage. Sind Mann und Frau arbeitslos, so wird die Kinderzulage nur einmal bezahlt.

Die Wartezeit beträgt 6 Tage. Nach vierwöchiger voller Beschäftigung muß sie erneut getragen werden. Für Textilarbeiter besteht keine Wartezeit. Bedingung des Bezugs ist einvierteljähriges Wohnen in Stuttgart oder Feuerbach. Die Unterstützung darf den normalen Arbeitsverdienst bei voller Arbeitszeit nicht übersteigen. Die Unterstützten werden auf ihren Antrag in der 2. Klasse der Ortskrankenkasse versichert. Kontrollmeldung findet täglich auf dem Arbeitsamt statt. Die in entfernteren Vororten wohnenden weiblichen Arbeitslosen können sich auf der dortigen Polizeiwache zur Kontrolle stellen.

Auf sogenannte Kurzarbeiter finden diese Bestimmungen sinngemäße Anwendung. Die obigen Tagesätze werden der Berechnung ihrer Unterstützung zugrunde gelegt. Ihr Arbeitsverdienst wird ihnen nach Abzug der Versicherungsbeiträge zur Hälfte in Anrechnung gebracht. Die Berechnung erfolgt nicht nach arbeitslosen Tagen, sondern nach dem erreichten Verdienst. Ein Beispiel dafür. Eine verheiratete Frau mit 3 Kindern, deren Mann im Heeresdienst ist, hat einen täglichen Unterstützungssatz von 3,20 Mk. zu beanspruchen, also in der Woche von 19,20 Mk. Bei verkürzter Arbeitszeit beträgt ihr Verdienst wöchentlich noch 7 Mk. (nach Abzug der Versicherungsbeiträge), von dem die

Hälfte gleich 3,50 Mk. auf die Wochenunterstützung angerechnet wird. Sie erhält also nur 16,20 Mk. Unterstützung und Gesamtverdienst (16,20 + 7 gleich 23,20 Mk.) dürfen aber den Durchschnittslohn nicht übersteigen. Die Frau hat laut Bescheinigung ihres Arbeitgebers bei voller Beschäftigung einen Verdienst von nur 17 Mk. wöchentlich. In der Folge müssen ihr von der Unterstützung weitere 6,20 Mk. gekürzt werden, und sie erhält also 10 Mk. Könnte sie einen normalen Durchschnittsverdienst von 23,20 Mk. nachweisen, so würde sie die volle Unterstützung von 16,20 Mk. erhalten. Die Kurzarbeiterinnen unterliegen nach ihrer erstmaligen Meldung keinerlei Kontrolle, eine Vorschrift, die sich bisher bewährt hat und allen Gemeinden zur Nachahmung empfohlen werden kann. Es wird dadurch den Frauen und Mädchen mancher unnütze Weg und den ausführenden Beamten manche unnütze Arbeit erspart.

Die Auszahlung erfolgt überwiegend durch die Arbeitgeber, wo diese sie übernehmen, sonst auf dem Arbeitsamt. Angehörige Organisationen können, wie dies der Textilarbeiterverband tut, für ihre Mitglieder die Auszahlung übernehmen. Auch bei den Kurzarbeitern besteht für Textilarbeiter keine Wartezeit, für die übrigen 6 Tage.

Arbeit anzunehmen ist der Arbeitslose verpflichtet, wenn ihm solche nach Vorbildung, Beruf, Körperbeschaffenheit und mit Rücksicht auf sein Familienleben zugemutet werden kann und ein angemessener Lohn dafür gezahlt wird. Lehnt er diese ab, erhält er keine Unterstützung mehr. In Streitfällen entscheidet ein Schiedsgericht.

Auch die Unterstützungseinrichtung in Stuttgart und Feuerbach ist sicher noch keine ideale, und die Sätze entsprechen nicht der herrschenden Teuerung. Zumal bei andauernder Teuerung wird sich die Notwendigkeit ergeben, weitere Verbesserungen zu erstreben. Aber immerhin kommt die Erwerbslosenfürsorge in Stuttgart und Feuerbach den wohl begründeten Ansprüchen der Arbeiterschaft erheblich näher als die Maßnahmen fast aller Oberämter nach dem System der Familienunterstützung. Sache der Arbeiterschaft selbst ist es, mit Hilfe ihrer Organisationen für weitere Verbesserungen und für dauernde Beibehaltung der Arbeitslosenunterstützung auch nach dem Kriege zu wirken.

## Gewerkschaftliche Rundschau.

Unter den Vergarbeitern gärt es, trotz des Burgfriedens. Die Gärung ist nur zu berechtigt. Besonders hart werden jetzt Mißstände empfunden, die schon Ursache der großen Vergarbeiterausstände im Jahre 1905 und 1912 gewesen sind. Damals griffen die Staatsbehörden ein, damit es zur Beilegung des Streiks kam; der Handelsminister versprach den Arbeitern Abhilfe, die ärgsten Mißstände wurden beseitigt. Nach und nach haben sich aber wieder manche der alten Übel in die Vergwertbetriebe eingeschlichen. Besonders klagen die Vergarbeiter viel über ungerechte Behandlung, über die Art der Lohnfestsetzung, über das Strafwesen und vor allem über die Handhabung der sozialen Gesetzgebung. In der Kriegszeit ist es nicht besser geworden, auf einzelnen Werken sogar schlechter. Die Mißstände haben bereits zu einigen partiellen Streiks geführt. In anderen Industrien haben sich die Unternehmer dazu verstanden, behufs Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse mit den Arbeitern zu verhandeln. Die Vergwerkesbesitzer dagegen lehnen entsprechende Verhandlungen ab und verfahren völlig nach Willkür. Da sehr viele Vergarbeiter zum Militär eingezogen worden sind, müssen die noch auf den Werken Beschäftigten Außerordentliches leisten. Übersichten sind an der Tagesordnung. Bei der jetzigen schlechten Ernährung macht sich die Überanstrengung besonders fühlbar, sie geht auf Kosten von Gesundheit und Lebenskraft. Die sehr geringen Lohnzulagen ermöglichen keinen Ausgleich. Recht ungerecht sind die Verhältnisse im Knappschafswesen, das durch das Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung nicht berührt und daher auch nicht verbessert worden ist.

Für die Vergarbeiter besteht eine besondere sozialpolitische Gesetzgebung, die die Kritik herausfordert. Die Zersplitterung der Knappschafsklassen ist eine weitgehende. Neben riesig großen Knappschafsklassen gibt es kleine und kleinste, wenig leistungsfähige, die



trotz sehr hoher Beiträge nur Geringes für die Mitglieder und ihre Familienangehörigen leisten können. Invaliden-, Witwen- und Waisenrenten sind niedrig. Obgleich die Vergarbeiter seit vielen Jahren ein Reichsknappschäfts-gesetz fordern, ist eine Vereinheitlichung bis heute noch nicht erfolgt. Mit Recht erschallt immer wieder die alte Forderung, da der Knappe sich auf sozialpolitischem Gebiet hinter den Industriearbeitern zurückgesetzt fühlt. Die Unternehmer aber setzen jedem sozialpolitischen Fortschritt entschieden Widerstand entgegen. Die Arbeiterorganisationen forderten die Erhöhung der Renten um 25 Prozent, des Krankengeldes um 20 Prozent. Das lehnten die Werkbesitzer ab, obwohl im Vorjahre in den Knappschäfts-klassen 8 Millionen Mark gutgemacht worden sind. Dafür aber stimmten die Werkbesitzer dem Verlangen der Knappschäftsärzte zu auf Gewährung von Ruhegehältern bis zum Betrag von 4500 M.; das Honorar der Ärzte soll von 4 auf 5 M. erhöht werden und Witwengelder für die Familie der Ärzte sollen zur Einführung gelangen. Die Vergarbeiter sind mit Recht über das Messen mit zweierlei Maß enttäuscht. Sie stimmen einer Erhöhung der ärztlichen Honorarfäge auf 4 1/2 M. zu, eine Neuerung, die eine jährliche Mehrbelastung der Kassen um 200 000 M. bedeutet, sie fordern aber gleichzeitig auch die Erhöhung ihrer Bezüge. Die Entscheidungen über die gegenwärtigen Ansichten der Vergarbeiter und der Werkbesitzer stehen nach den Statuten der Knappschäfts-klassen den Vergbehörden zu.

Auch die Zahl der beschäftigten Frauen ist in überaus starker Zunahme begriffen. Nach der letzten Novelle zur Gewerbeordnung sollte vom 1. Januar 1915 an keine Arbeiterin mehr auf Bergwerken beschäftigt werden. Mit Kriegsbeginn wurde diese Verordnung wie andere Arbeiterschutzbestimmungen außer Kraft gesetzt, darunter auch das Verbot der Nachtarbeit für Frauen. Dieser Stand der Dinge hat das Überhandnehmen der Frauenarbeit im Bergbau sehr gefördert. Namentlich in Oberschlesien werden Frauen auf den Gruben sehr stark beschäftigt. Für 1915 ist im Bergbau statt der beschlossenen gänzlichen Beseitigung der Frauenarbeit eine große Zunahme der beschäftigten Arbeiterinnen zu verzeichnen. Ihre Zahl hat sich seit 1913 um 61 Prozent erhöht, sie dürfte im Jahre 1916 noch weiter gestiegen sein. Die eingetretene Lohnsteigerung ist nur sehr gering und entspricht weder der geleisteten Arbeit, noch der Erneuerung alles Lebensbedarfs. Die Frauen stehen vielfach an der Stelle des Knappen, sie erhalten aber für die gleiche Arbeit viel weniger als er. Da auch viele Kriegerfrauen bei der geringen Unterstützung gezwungen sind, einem Erwerb nachzugehen, so bekommen die ober-schlesischen Gruben trotz niedrigen Löhnen und schweren Mißständen genug weibliche Arbeitskräfte. Die Arbeitszeit beträgt zehn Stunden. Die meisten erwerbstätigen Kriegerfrauen sind schlümm daran. Nach zehnstündiger schwerer Arbeitszeit täglich müssen sie noch die Hausarbeiten verrichten und die Familie versorgen. Im Interesse der Mütter und des Nachwuchses muß verlangt werden, daß die Gesetzesvorschriften zum Schutze der Frauen, Jugendlichen und Kinder schon während der Kriegsdauer wieder in Kraft treten, und daß insbesondere die Beschäftigung von Frauen und Mädchen in Berg- und Hüttenwerken verboten wird.

Da die Vergarbeiter bei ihrer harten Beschäftigung die Lebensmittelnappheit besonders hart empfinden, sahen sich die vier Arbeiterverbände gezwungen, durch Eingaben auf die Abstellung der Mißstände hinzuwirken, die bei der Lebensmittelversorgung zutage treten. Die Verbände richteten an den Zechenverband eine Eingabe, in der sie verlangen, daß die Löhne erhöht werden, ferner, daß den Arbeitern durch Vorschüsse und bequeme Rückzahlungsbedingungen im Herbst bei der Kartoffelversorgung geholfen wird. Eine zweite Eingabe ging dem Kriegsernährungsamt in Berlin zu. Sie wendet sich dagegen, daß die Zechenverwaltungen die Gelben bei der Verteilung und beim Verkauf von Nahrungsmitteln bevorzugen. Auf einigen Zechen ist es deshalb zu Streiks gekommen. Den Gelben wurden Nahrungsmittel verkauft, die behördlich nicht rationiert waren, es aber sein mußten, wie Mehl, Wurst, Eier, Käse, Butter, Seife. In der Eingabe wird eine gerechte Verteilung der von den Zechen an die Wegschaften gelieferten Fleischwaren und Brotzusatzmarken verlangt. Eine dritte Eingabe ist dem Kriegsministerium zugestellt worden. Sie ist eine Art Gutachten über die Rationsspeisung auf den Zechen, das von den Verbänden verlangt wurde. Die Verbandsvorstände erklären, daß sie die Rationsspeisung auf den Gruben wegen technischer Schwierigkeiten nicht befürworten könnten. Sie wünschen, daß diese Aufgabe den Gemeinden überwiesen werde, und daß der Preis für eine Portion nicht mehr als 80 Pf. betragen soll.

Im Textilgewerbe wird ebenfalls eine alte Forderung neu erhoben. Es handelt sich um die metrische Garnnumerierung. Die Numerierung der Garne zeigt den Feinheitegrad der Fäden an.

Die Art der Numerierung bestimmt die Art der Verpackung im Garnhandel sowie die Methode der Preisberechnung im Webgeschäft. In weiterer Folge bestimmt die Art der Garnnumerierung die Zugrundelegung entsprechender Maße und Gewichte bei der Lohnberechnung der Arbeiter und Arbeiterinnen. Es werden heute noch englische, österreichische, sächsische und preussische Numerierungen angewendet. Das hat zur Folge, daß nach englischen Pfunden, französischen Böllen und Leipziger Ellen gerechnet wird. Die sehr unterschiedlichen Lohnberechnungen auf Grund der vorkommenden Maß- und Gewichtsbezeichnungen führen zu einigen Übervorteilungen der Arbeiter und Arbeiterinnen. Zwischen Arbeitern und Unternehmern ist es deshalb wiederholt zu Prozessen gekommen, die aber nach der bestehenden Rechtslage für die ersteren keinen günstigen Ausgang hatten. Mit der gesetzlichen Einführung einer einheitlichen Maß- und Gewichtsbestimmung, der metrischen Garnnumerierung, würden (vor allem in der Baumwollindustrie) diese ungerechten Lohnberechnungen unmöglich. Die Textilarbeiter und -arbeiterinnen haben wiederholt auf internationalen und nationalen Kongressen die entsprechende Forderung erhoben, ohne daß sie bisher verwirklicht wurde.

Den arbeitslosen Textilarbeitern und -arbeiterinnen ist durch eine Bekamtmachung der Rohstoffabteilung des Kriegsministeriums eine Nebenarbeit empfohlen worden, und zwar das Einsammeln von Brennesseln. Der Stengel der Brennessel enthält eine Faser, die als Rohstoff in der Textilindustrie nutzbar gemacht werden soll. Ein Zentner getrockneter Brennesselstengel gibt etwa 13 Prozent brauchbarer Faser. Die Faser soll als Ersatz für Baumwolle zur Herstellung von Hemdentüchern verwendet werden. Für den Doppelzentner entblätterter Brennesselstengel zahlen die errichteten Abnahmestellen 14 M. Da zahlreiche Mitglieder des Textilarbeiterverbandes arbeitslos sind und durch Einsammeln von Brennesseln eine kleine Einnahme zu ihrer fargen Unterstützung finden können, hat der Vorstand dieser Organisation in einem Rundschreiben auf die Nebenarbeit hingewiesen. Selbstverständlich wird erwartet, daß die wenigen Groschen, die dabei zu verdienen sind, von den Behörden bei der Auszahlung der Unterstützung nicht etwa in Anrechnung gebracht werden. #

### Genossenschaftliche Rundschau.

Die Kriegsverhältnisse wirken auf dem Gebiet der Wirtschaft, besonders des Haushaltes, zweifellos stark auf das genossenschaftliche Denken ein. Daß die Konsumvereine davon befruchtet werden und praktische Erfolge haben, beweist die Tatsache, daß sie während des Krieges eine starke Zunahme an Mitgliedern verzeichnen können. Auf die unmittelbaren Ursachen dieser Erscheinung ist schon früher mehrmals hingewiesen worden. Jetzt wird in den Blättern für Genossenschaftswesen auf einen Vorgang aufmerksam gemacht, der bisher große Beachtung noch nicht gefunden hat. Es handelt sich hierbei um sogenannte landwirtschaftliche Hausfrauenvereine, die schon vor dem Kriege in einigen Bezirken Nord- und Ostdeutschlands bestanden haben. Diese Bewegung scheint durch den Krieg ebenfalls starke Anregung empfangen zu haben. Die landwirtschaftlichen Hausfrauenvereine bezwecken, Produkte des landwirtschaftlichen Klein- und Mittelbetriebs unter Ausschaltung des Zwischenhandels unmittelbar an die Konsumenten zu bringen. Frauen aus der Stadt und vom Lande bilden zu diesem Zwecke eine genossenschaftliche Organisation, die Produzenten und Konsumenten zugleich umfaßt. Die ländlichen Frauen liefern ihre Produkte an gemeinschaftliche Verkaufsstellen, wo sie von den der Genossenschaft angehörigen Frauen der Stadt entnommen werden können. Auf diese Weise sollen die Produkte billiger und frischer an den Verbraucher gelangen, die Erzeuger aber haben steten und sicheren Absatz. Aber diese eigenartige und einfache genossenschaftliche Bewegung wird in dem genannten Blatte unter anderem folgendes ausgeführt: „Die Organisation ist derart gedacht, daß sich Stadt- und Landfrauen zu einer Genossenschaft vereinigen, so daß diese Hausfrauenorganisation die bisher im Genossenschaftswesen fehlende Originalität einer Verbindung von Produzenten und Konsumenten bietet. Die Verkaufsstelle landwirtschaftlicher Hausfrauen ist kein Konsumverein der Stadtfrauen, daher Verkauf an jedermann, auch an Nichtmitgliedern möglich, aber auch keine reine Produzentenvereinigung, da die Genossenschaft neben den einliefernden Landfrauen auch die abnehmenden Stadtfrauen umfaßt, so daß schließlich das Risiko der Vereinigung von beiden Gruppen, den Konsumenten und Produzenten getragen wird. Die Bedeutung dieser Organisation wird über ihren Abnehmerkreis hinaus große allgemeine Bedeutung namentlich für eine angemessene Preisregulierung der ländlichen Produkte ausüben und daher auf eine Rückbildung der



durch die Kriegsteuerung ungeheuerlich gestiegenen Preise einen heilsamen Einfluß ausüben.“ Ob sich die zuletzt ausgesprochene Hoffnung in dem gedachten Umfang erfüllt, ist freilich sehr fraglich. Denn diese Art Genossenschaften werden ihrem ganzen Wesen nach doch auf das lokale Gebiet und auf den Kleinbetrieb beschränkt bleiben müssen, wodurch auch ihrer preisnivellierenden Wirkung die Grenzen gezogen sind. Immerhin vermögen sie in diesem Rahmen Ersprießliches zu leisten. Es wird gesagt, daß bereits 45 000 Frauen in dieser Form in vielen Einzelvereinen genossenschaftlich organisiert sind. Die Genossenschaftsblätter bemerken in einer Fußnote, daß die landwirtschaftlichen Frauenvereine „nicht unbedenklich und ungefährlich“ zu sein scheinen. Sie wollen deshalb auf die Sache zurückkommen.

Die sächsischen Baugenossenschaften haben eine Bauvereinsbank gegründet, die dazu dienen soll, die Tätigkeit dieser Organisationen finanziell zu fördern. Die Bank soll die Aufgaben eines Kreditvereins erfüllen, den Baugenossenschaften Bauvorschüsse verschaffen und dauernde Beleihung unter möglichst günstigen Bedingungen vermitteln. Sie soll ferner bemüht sein, allen Beteiligten: Geldgebern, Handwerkern, Bauausführenden und Lieferanten erhöhte Sicherheit zu bieten, daß fällige Zahlungen rechtzeitig geleistet und Schädigungen vermieden werden. 42 Vereinigungen haben bei der Gründung ihren Beitritt mit 305 Anteilen und 610 000 Mk. Haftsummen erklärt.

Vor kurzem fand in Leipzig eine Konferenz von Vertretern der Konsumvereine des dortigen Bezirks statt, in der man sich mit der Lebensmittelfrage beschäftigte. Die Konsumvereine des Leipziger Bezirks repräsentieren gegen 90 000 Mitglieder mit weit über 30 Millionen Mark Umsatz und rund 1700 Angestellten. Der Sekretär des sächsischen Verbandes stellte fest, daß die meisten der sächsischen Konsumvereine über sehr mangelhafte Zuteilung von Waren sich beschwerten. Der private Kleinhandel wird ihnen gegenüber offenbar stark bevorzugt. Dazu und zu der Ernährungsfrage überhaupt wurde schließlich durch Annahme einer langen Resolution Stellung genommen. Man wird diese Resolution wie so viele frühere Eingaben den Behörden übermitteln, und — alles wird in der Hauptsache beim alten bleiben. So war es wenigstens bisher. Die sozialdemokratischen Vertreter haben in den Wind gesprochen und zumeist für die Papierföhrbe in den behördlichen Bureaus gearbeitet. Der Erfolg steht in keinem Verhältnis zu dem Aufwand an Kraft und Zeit für derartige Bemühungen. Darüber dürfte sich jetzt wohl niemand mehr im unklaren sein, der sich um diese Dinge kümmerte.

Der Reichsverband deutscher Konsumvereine hat sich auf seinem Genossenschaftstag Mitte Juli durch einen Beschluß ebenfalls sehr kritisch zur Ernährungsfrage geäußert. Es wird sehr richtig darauf hingewiesen, daß die Sicherstellung der nötigen Warenmengen nicht genügt, sondern es müßten auch die Preise so gestellt sein, daß der Konsument sie bezahlen könne. Dr. Müller vom Zentralverbandsvorstand, der bekanntlich im Vorstand des Kriegsernährungsamts in Berlin sitzt, ist darüber jedoch etwas anderer Meinung. Er soll erklärt haben — und bisher wurde das nicht bestritten —, daß die hohen Preise zum Teil als unvermeidlich hingenommen werden müßten, die Arbeiter könnten sich von den Unternehmern höhere Löhne zahlen lassen. Das wäre in der Tat eine äußerst einfache Lösung der schwierigen Frage. Dr. Müller vergaß nur, hinzuzufügen, wie es mit der Kriegsunterstützung der armen Familien gehalten werden soll, die oft erbärmlich niedrig ist. Er ist offenbar auch der Meinung, daß die Arbeiter nur höhere Löhne zu fordern brauchen, um sie bereitwillig von den Unternehmern zu erhalten. Denn es ist ihm doch sicher nicht unbekannt, daß der gewerkschaftliche Burgfrieden das Streiken im Kriege nicht zuläßt.

Nach Feststellungen der amtlichen Statistik gab es zu Anfang des Jahres 1918 im Deutschen Reich 35 751 in 18 verschiedene Gruppen eingeteilte Genossenschaften. An erster Stelle stehen die 19 619 Kreditvereine, dann folgen mit 4063 die landwirtschaftlichen Produktgenossenschaften, weiter 2619 landwirtschaftliche Rohstoffgenossenschaften, 2289 Konsumvereine, 2071 landwirtschaftliche Wertgenossenschaften und 1390 Wohnungs- und Baugenossenschaften. Die übrigen Gruppen schwanken zwischen 14 und 546. Seit dem Jahre 1910 ist die Zahl der Genossenschaften um 6314 gestiegen. An Zahl der Mitglieder dürften die Konsumvereine an erster Stelle stehen.

Die gewerkschaftlich-genossenschaftliche Volksfürsorge hatte zu Beginn des Krieges eine Kriegsversicherungskasse eingerichtet. Jeder, der sich oder einen Angehörigen als Kriegsteilnehmer versichert, zahlt einen Betrag von mindestens 5 Mk. in diese Kasse. Wenn der Krieg vorüber und die Zahl der versicherten

Toten festgestellt ist, wird das auf diese Weise angesammelte Kapital an die Angehörigen der Gefallenen oder infolge des Krieges Gestorbenen entsprechend der Höhe des geleisteten Beitrags verteilt. Über den Stand des Unternehmens wird folgendes mitgeteilt: Es sind von den bis jetzt etwas über 50 400 versicherten Kriegsteilnehmern im ganzen wenig über 1000 als tot gemeldet, was einer Sterblichkeit von etwa 2 Prozent entspricht. Dadurch ist die Annahme, daß nicht mehr als 5 Prozent Verluste zu erwarten sind, noch vollauf berechtigt. Bei einem 5prozentigen Verlust würden auf einen Anteilsschein für 5 Mk. 125 Mk. zur Auszahlung gelangen. H. F.

## Notizenteil.

### Für den Frieden.

**Massenverhaftungen in Italien als Antwort der Regierung auf den Friedensruf.** Aus Rom wird dem „Vorwärts“ geschrieben: Das Parteisekretariat veröffentlicht im „Avanti“ und in den sozialistischen Wochenblättern ein Communiqué, in dem zunächst von der Politik des neuen Kabinetts die Rede ist, die das Sekretariat als reaktionär bezeichnet. Es wird auf die Strajandrohung für Verbreitung des Kientaler Manifestes hingewiesen, die in Süditalien die Regel bildete, während man es in Nord- und Mittelitalien unbeanstandet ließ. In Süditalien sind sogar Massenverhaftungen wegen dieser Verbreitung vorgekommen. Gegenüber diesem Tatbestand erklärt das Sekretariat, daß der Parteivorstand allein für die Verbreitung des Manifestes verantwortlich zu machen ist, sei es, weil er durch seine Vertreter in Kiental an seiner Abfassung mitgewirkt hat, sei es, weil er es drucken und den Parteifunktionen mit der Aufforderung, es zu verbreiten, zustellen ließ. Die Minister des Innern und der Justiz werden darum aufgefordert, sich nach dieser Erklärung zu richten und die wegen Verbreitung des Manifestes in Untersuchungshaft befindlichen süditalienischen Arbeiter zu entlassen.

Weiter fordert das Communiqué die Sektionen auf, gegen protektionistische Tendenzen in der Handelspolitik Stellung zu nehmen, die drohen, das Proletariat nach dem Kriege wirtschaftlich schwer zu schädigen, zugunsten kleiner industrieller und finanzieller Eliten und zur Förderung der imperialistischen Vorherrschaft gewisser Handelsstaaten.

**Siebzig französische Genossen wegen ihrer Überzeugungstreue verurteilt.** Wie amerikanischen Zeitungen gemeldet wird, sind in Frankreich in den letzten Wochen nicht weniger als siebzig Anhänger und Anhängerinnen der Minderheit zu Gefängnisstrafen verurteilt worden. Der „New York Herald“, ein ententefreundliches Blatt, bemerkt hierzu, die Aktion der Minderheit sei gefahrdrohend für die Regierung. Sie fordere einen sofortigen Waffenstillstand und lege den Kriegsrüstungen alle möglichen Hindernisse in den Weg.

**Der Nationalrat der französischen Partei und die Minderheit.** Allmählich bringen genauere Berichte hindurch über die Tagung des Nationalrats der sozialistischen Partei in Frankreich. Sie zeigen, daß zwar noch lange nicht von einer Spaltung innerhalb der Reifen der französischen Sozialisten zu reden ist, wohl aber von einem offenen und bereits scharf zugespitzten Kampfe. Sie zeigen vor allem, daß hinter der starken Minderheit der Delegierten eine starke und beständig wachsende Opposition im ganzen Lande steht, gegen die die Mehrheitspolitiker sich nicht mehr ganz sicher fühlten. Die Minderheit betrug bei der Tagung des Nationalrats mehr als ein Drittel (1081 : 1836). Dabei ist zu beachten, daß die Tagung an einem für die Minderheit ungünstigen Zeitpunkt stattfand: nämlich als durch die an allen Fronten aufsteigende Offensive der Ententetruppen die schwankenden Gestalten und unsicheren Kantonsisten voll froher Hoffnungen wieder in die Hürde der unentwegt nationalistischen Mehrheit zurückgelaufen waren. Die Zahl der Minderheitsdelegierten im Nationalrat entspricht nicht der wahren Stärke der Oppositionsbewegung im Lande. Ganze Provinzorganisationen, Föderationen, sind seit Ostern zur Minderheit übergegangen, bei einem großen Teil anderer Mitgliedschaften gibt es eine stattliche Minderheit, die es aber zu keiner Delegation brachte.

Angeichts dieser Tatsache hat die Mehrheit versucht, die Minderheit zu spalten, indem sie die sogenannten Zimmerwaldier oder Kientaler bei den opportunistischen Minderheitsmännern im Lonquet und Presseman als besonders gefährliche Vurschen anzuschwärzen trachtete. Der Unterschied zwischen beiden Gruppen besteht darin, daß die Kientaler die Pflicht der natio-



nenalen Verteidigung geschichtlich erfassen und im Zeitalter des Imperialismus ablehnen, daß sie den in allen Ländern international geführten sozialistischen Kampf um den Frieden als wichtigste Aufgabe der Gegenwart anerkennen und demgemäß schon jetzt der Regierung die Kriegskredite verweigern, obwohl ein großer Teil französischer Bodens in den Händen der Deutschen ist. Der größere Teil der Minderheit hat sich noch nicht zu diesem Standpunkt durchgerungen und hält an der Pflicht der Landesverteidigung fest, solange die Integrität Frankreichs durch die Invasion der feindlichen Heere bedroht ist. Sie will trotzdem auf ihre Regierung einen Druck ausüben, damit diese ihre Kriegsziele bekannt gebe und sich zu Verhandlungen bereit erkläre. Sie will vor allem durch Verhandlungen der offiziellen sozialdemokratischen Parteien untereinander die Klüfte in der Internationale schließen und so den Völkern einen Weg zur Verständigung weisen. Diese Stellungnahme ist in der Minderheitsresolution festgelegt, die von der Mehrheit verworfen wurde. Wie es scheint, hatte auch die grundsätzliche äußerste Linke durch Drizon eine eigene Resolution im Sinne der Rientaler Beschlüsse einbringen lassen.

Von der Mehrheit waren es hauptsächlich Renaudel und Sembat, die den schroffsten Nationalsozialismus vertraten. Ihr heißes Mähen zeitigte nur das Ergebnis, daß sowohl die opportunistische wie die grundsätzliche Opposition sich gemeinsam und in scharfer Form zur Wehre setzten. Die Mehrheit hat sich geweigert, die Minderheit zu den permanenten (ständigen) Kommissionen der Partei zuzulassen. Infolgedessen hat die Minderheit erklärt, daß sie wissen werde, sich Respekt zu verschaffen. Sie werde den „Permanents“ das Leben sauer machen und keine Versammlung vorübergehen lassen, ohne ihren Standpunkt zu vertreten. Bei der nach Absätzen erzwungenen Abstimmung über die Mehrheitsresolution erklärte die gesamte Opposition, daß sie sich „als abwesend“ betrachte.

Wie zugespielt die Dinge in der französischen Partei stehen, beweisen folgende Worte aus der Rede des Ministers Sembat: „Es ist nötig, daß die Mehrheit sich endlich dieser Korruption des sozialistischen Geistes widersetzt, die die Minderheit propagiert.“ Sembat machte der Minderheit den Vorwurf, daß sie von einer außerordentlichen Strenge gegen Frankreich und von einer einfachen Liebeshörigkeit gegen den Feind sei. — Kurz und bündig kam der grundsätzliche Standpunkt der „Rientaler“ in folgendem gelegentlichen Zwischenruf des Genossen Blanc zum Ausdruck: „Ja, wir stimmen nicht für die Kredite, weil es für uns nicht ein sozialistisches Programm für Friedenszeiten gibt, das man in Kriegszeiten in die Tasche steckt.“

Bei der Tagung traten die verschiedenen Richtungen in der Opposition geschlossen gegen die Mehrheit auf. Diese Tatsache bedeutet nicht etwa, daß die Genossen, die auf grundsätzlich internationalsozialistischem Boden stehen, den Gegensatz vergessen hätten, der sie von der opportunistischen Minderheit trennt. Obgleich die „Rientaler“ Opposition klein an Zahl ist, geht sie doch entschlossen und ohne Schwanken ihren Weg. Das beweist ein Schreiben des Genossen Raffin-Dugens, des Abgeordneten vom Departement Isère, an die Zeitschrift „Demain“. Der Genosse schrieb: „Sie haben mich gebeten, den Lesern Ihrer Zeitschrift die Gesichtspunkte der sozialistischen Minderheit im französischen Parlament darzulegen. Ich danke Ihnen für dieses Zeugnis der Sympathie, das Sie mir hierdurch haben zuteil werden lassen. Leider vermag ich jedoch nicht zu sagen, was meine Kollegen von der Minderheit eigentlich wollen. Sie wünschen eine Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen und lehnen doch die Haltung der Männer von Riental ab. Sie möchten den Krieg beendigt sehen und werden doch morgen die Kredite bewilligen, die es der Regierung ermöglichen, wie in Nancy zu erklären: Wir wollen nicht, daß sie (das heißt die Zentralmächte) uns Friedensvorschlüsse machen. Wir wollen, daß sie den Frieden von uns erbitten. Wir wollen ihre Bedingungen nicht annehmen. Wir wollen ihnen die unfrigen auferlegen.“

Im französischen Parlament zählt die opportunistische Minderheit 30, die grundsätzliche Opposition 3 Mitglieder. Die drei haben den ruhmvollen Mut besessen, ohne falsche Einschätzung großer und kleiner Zahlen ihrer Überzeugung im Parlament offen Ausdruck zu verleihen. Sie empfanden es, daß sie der Zahl nach zwar ein kleines Häuflein sind, moralisch und politisch aber eine Macht bedeuten, die wachsenden Einfluß in Frankreich erhält.

**Revision des Schreckensurteils gegen die schwedischen Friedensmartyrer.** In Nr. 16 und 18 haben wir unsern Leserinnen ausführlich Bericht erstattet über den Kongreß der schwedischen Jungsozialisten und das Schreckensurteil, das das Gericht gegen drei Genossen fällte, die wegen Propaganda für einen Generalstreik

im Mobilisierungsfalle des Hochverrats angeklagt waren. Nun hat nach vier Monaten das höchste Gericht endgültig entschieden. Die schweren Zuchthausstrafen konnten nicht aufrechterhalten werden. Der Abgeordnete Genosse Hoeglund, gegen den auf drei Jahre Zuchthaus erkannt worden war, wurde statt dessen zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Die Strafe des anarchosyndikalistischen Redakteurs L. Oelund wurde herabgesetzt. Genosse Dr. Heden wurde freigesprochen.

**Eine Schweizer Friedenspetition.** Dem schweizerischen Bundespräsidenten wurde am 4. September vom schweizerischen Sekretär der „Neutralen Konferenz“ eine Volkspetition überreicht, die von Gemeindebehörden und Vereinen sowie von vielen Privaten aus 844 Gemeinden der Schweiz im Namen von 240147 Bürgern und Bürgerinnen unterzeichnet war. Der Bundesrat wird aufgefordert, die Initiative zur Einberufung einer Konferenz neutraler Staaten zu ergreifen, die — sobald die Umstände es irgend gestatten — den kriegführenden Regierungen ihre Dienste zur Vermittlung anzubieten und einen Waffenstillstand vorzuschlagen hätte. Auch würde die Konferenz die vorbereitenden Maßnahmen treffen zur Einberufung eines allgemeinen Staatenkongresses nach Friedensschluß, um auf diesem Wege die Schaffung einer zwischenstaatlichen Rechtsorganisation anzubahnen. — Aus 125 Ortschaften der Westschweiz waren zustimmende Rundgebungen eingelaufen.

**Kongreß der englischen Gewerkschaften.** Am 4. September wurde in Birmingham der englische Gewerkschaftskongreß eröffnet. Uns interessiert hier vornehmlich die Stellungnahme der englischen Gewerkschaftsführer zur Krieg- und Friedensfrage. Von seiten des amerikanischen Arbeiterbundes lag eine Einladung vor, wonach am Orte der Friedensverhandlungen der Mächte ein internationaler Gewerkschaftskongreß tagen soll. Der Kongreß erklärte die Teilnahme deutscher Vertreter der Gewerkschaftsbewegung für unmöglich. Thorne führte aus, nach einem Gaager Telegramm des Berliner Tageblatts: „Eine Beratung über den Frieden darf nicht stattfinden, ehe nicht Deutschland aus Frankreich und Belgien vertrieben ist. Neumannsgenig Prozent der englischen Arbeiter würden sich gegen die gegenwärtige oder eine andere Regierung erheben, die Frieden schließen würde, ehe das geschehen ist.“ Daß Thorne mit seiner Einschätzung der englischen Arbeiter durchaus nicht im Sinne der gesamten Konferenz sprach, zeigte die erregte Debatte, die nun folgte. Der amerikanische Vorschlag wurde mit 1486000 Stimmen gegen die Vertreter von 723000 Stimmen abgelehnt. Wenn man annimmt, daß bei dieser Abstimmung eine reinliche Scheidung zwischen Sozialpatrioten und Friedensfreunden eintrat, so haben die letzteren immerhin eine stattliche Drittminderheit. Ein Beweis, daß auch in den sonst national verfeuchten englischen Gewerkschaften die Friedensbewegung auf dem Vormarsch ist. Zu dem amerikanischen Vorschlag selbst nur so viel: Es leuchtet nicht ein, was ein internationaler Arbeiterkongreß zu gleicher Zeit und am gleichen Orte mit dem Kongreß der Diplomaten erreichen soll? Viel wichtiger ist, daß in den einzelnen Ländern selbst die Arbeiterklasse einen starken und geschlossenen Einfluß auf ihre Regierungen ausübt, und zwar noch ehe die Dinge so weit sind, daß die Diplomaten zusammentreten. Jetzt das kräftige proletarische Auftreten zu Hause, so ist auch der glänzendste internationale Arbeiterkongreß ein wirkungsloses Marionettentheater, dessen Forderungen und Beschlüsse mit einigen höflichen Worten abgetan werden. Die sozialistische Internationale beruht eben nicht in Instanzen und Kongressen, sondern auf der internationalen Gesinnung und dem klaren Willen zum Sozialismus in den Massen des arbeitenden Volkes in allen Ländern.

### Sozialistische Frauenbewegung im Ausland.

Die sozialistische Frauenbewegung in der Schweiz macht trotz der schweren Zeiten gute Fortschritte. Am 9. und 10. September hat in Olten der Delegiertentag des schweizerischen Arbeiterinnenverbandes stattgefunden. Die dem Verband angeschlossenen größeren Arbeiterinnenvereine haben im letzten Jahre einen erfreulichen Mitgliederzuwachs erhalten. Die von den Genossinnen entfaltete und unterstützte Agitation unter den Frauen des arbeitenden Volkes trägt gute Früchte. Dafür ein Beispiel. Etwa 3000 Frauen marschierten in dem Zug, der die Sympathieumgebung der Züricher Arbeitererschaft für die Sozialisten abschloß, die in den verschiedenen Ländern für die Ideale des internationalen Sozialismus mutig und opferbereit wirken. Der Zug umfaßte gegen 20000 Teilnehmer. Die Frauen sind recht zahlreich in den Versammlungen vertreten, die sich mit der Feuerung beschäftigen, die die düstersten Schattens über das Leben der schwei-



zerischen Proletarierinnen wirkt. Die organisierten Genossinnen wenden den Feuerungsverhältnissen ihre volle Aufmerksamkeit zu, bestreben sich, die Frauen über die Ursachen des Übels aufzuklären und die Energie der Massen auf die Forderung der möglichen Milderungsmaßnahmen zu richten. Die Vorstehende des Arbeiterinnenverbandes, Genossin Bloch, wurde am 31. Juli vom Bundesrat Schulthess empfangen, dem Vertreter des Schweizerischen Volkswirtschaftsdepartements, um ihm die Klagen und Wünsche der Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen über die Lebensmittelversorgung zu übermitteln. Die Darlegungen der Genossin waren von größter Deutlichkeit, und so wurde die Unterredung recht lebhaft; der praktische Erfolg bleibt abzuwarten.

Die Genossinnen beteiligten sich auch an der Konferenz vom 6. August, die Vertreter aller modernen, Klassenbewußten Arbeiterorganisationen vereinigte, nämlich: der sozialdemokratischen Partei in den einzelnen Kantonen, der sozialdemokratischen Partei für die gesamte Schweiz, des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, der Notstandskommission der schweizerischen Arbeiterschaft, des schweizerischen Arbeiterinnenverbandes und der lokalen Arbeiterunions. Die Konferenz nahm eine Resolution an, in der es heißt: „In Erwägung, daß die seit Kriegsbeginn eingetretene Feuerung immer bedrohlichere Formen annimmt und die bereits bestehende Unterernährung breiter Volksschichten in besorgniserregender Weise vergrößert; daß die wirtschaftliche Lage der Schweiz infolge der vermehrten Schwierigkeiten in der Zufuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen immer prekärer sich gestaltet und in der Folge die ausreichende Ernährung der Bevölkerung im nächsten Winter ernstlich in Frage gestellt ist; daß die Schwierigkeiten der Ernährungsfrage und der Rohstoffbeschaffung von gewissenlosen Elementen nicht nur zur wucherischen Veräberung, sondern überdies als Vorwand benützt wird für eine die Neutralität des Landes gefährdende Propaganda, deren Ziel die eventuelle Teilnahme der Schweiz am Weltkrieg ist; beschließt die Konferenz, die ganze Arbeiterklasse des Landes zu einer energischen Aktion gegen diese kriegerische Propaganda aufzufordern und den verbrecherischen Versuchen, die Schweiz zur Preisgabe ihrer Neutralität zu veranlassen, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzuwirken. Die Aktion zur Wahrung der Neutralität sieht im engsten Zusammenhang mit der Gestaltung der Ernährungsfrage und bedingt eine zweckmäßige Organisation des Wirtschaftslebens, durch die die Ernährung der Bevölkerung den gegebenen Verhältnissen entsprechend, sichergestellt wird.“ Die Resolution zählt dann im einzelnen die Forderungen auf, die dem gezeigten Ziel dienen sollen und die auf dem Gebiet der Bundes-, Kantons- und Gemeindepolitik liegen.

Hinter die Forderungen soll der unzweideutig bekundete Wille der Arbeitermassen treten. Die Resolution sagt darüber: „Diese Forderungen sind von den gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterorganisationen zum Gegenstand einer allgemeinen Bewegung zu machen, wobei alle Mittel der Organisation und des gemeinsamen Vorgehens (Presse, parlamentarische Aktion, öffentliche Versammlungen und Demonstrationen) anzuwenden sind. In allen Fürsorgestellen und Kommissionen ist auf eine angemessene Vertretung der Arbeiterschaft zu dringen, wobei besonders die Frauenorganisationen zu berücksichtigen sind... Um eine wirksame Kontrolle der öffentlichen Märkte herbeizuführen, bilden die lokalen Arbeiterunions, unter Mitwirkung der Frauenorganisationen, besondere Kontrollkommissionen. Genügt diese Kontrolle nicht, so sind allgemeine Marktdemonstrationen zu organisieren. Die Gewerkschaften haben unverzüglich die Frage der Einleitung von Lohnbewegungen zu prüfen und dementsprechende Forderungen zu stellen.“ Wie man sieht, ist die Mitwirkung der Frauen an der Verwirklichung der Forderungen vorzuziehen, und man erwartet, daß auch die breitesten Frauenmassen die Bewegung tragen helfen werden. a. ch.

### Frauenarbeit.

**Zur Entlohnung der Frauenarbeit in den Frankfurter Kriegsküchen wird uns geschrieben:**

Als Geschäftsführer der Frankfurter Kriegsküchen möchte ich Sie bitten, die in der „Gleichheit“ Nr. 25 an den Ausführungen der Genossin Brunner durch Abdruck der „Korrespondenz“-Notiz geübte Kritik in einigen Punkten zu berichtigen. Hierzu stelle ich folgendes fest: Die Löhne der bei uns angestellten Küchenhilfskräfte betragen 50 bis 70 M., die der Köchinnen 70 bis 100 M. monatlich bei freier Verpflegung. Wir berechnen die Verpflegung zu unseren Selbst-

kosten mit 45 M., so daß der Lohn 95 M. für die Hilfskräfte, 125 bis 145 M. für die Köchinnen beträgt. Hierzu kommt noch, daß die Versicherungsbeiträge von der Geschäftsstelle getragen werden, die für jede unserer Mitarbeiterinnen 5 M. monatlich ausmacht. Das sind meines Erachtens Entschädigungen, wie sie so leicht nicht mehr in einem hauswirtschaftlichen Betrieb gezahlt werden.

Dazu kommt jede Woche ein freier Nachmittag, jedes Jahr acht bis vierzehn Tage Ferien, bei Krankheit Aufbesserung des Krankengeldes bis zur Höhe des Lohnes für die ersten Wochen. Außerdem liefern wir den Mitarbeiterinnen Holzschuhe und Schürzen auf unsere Kosten. Wenn da noch von schlechter oder auch nur ungenügender Zahlung die Rede ist, so darf doch nicht übersehen werden, daß wir uns doch nicht mit einem Male über gewisse ortsübliche Gebräuche und Löhne hinwegsetzen dürfen. Ich kann der Redaktion der „Gleichheit“ nur sagen, daß ich noch in keinem hauswirtschaftlichen Betrieb ähnlich geordnete Verhältnisse gefunden habe, was ich im übrigen für eine Selbstverständlichkeit halte.

Bei der Beurteilung unserer Einrichtung kommt noch etwas anderes hinzu. Wir sind ein gemeinnütziges Institut, kein auf Mehrwerte abzielendes Unternehmen, da darf man doch nicht die gleichen Regeln anwenden wie in einer Fabrik, die auf Kosten der Arbeiter soviel Überschüsse erzielt. Wir setzen hier monatlich über 40000 M. zu. Man verstehe mich nicht falsch: Darunter sollen und dürfen unsere Angestellten nicht leiden, aber ganz darf man doch wohl den sozialen Zweck nicht aus den Augen lassen, sonst würde ich mich bedanken, nun schon zwei Jahre ehrenamtlich meine Kraft zu opfern. Die Redaktion der „Gleichheit“ hat recht, wenn sie allgemein dafür eintritt, daß höhere Löhne gezahlt werden, es ist aber nicht damit gebient, wenn man diese Forderung zu straff auf solche Institutionen ausdehnt, wo wir zufällig ein klein wenig Einfluß haben, denn auch da kann man nur auf ortsüblichen Verhältnissen weiterbauen. Bemerkenswert ist noch hierzu, daß wir fast allen Anträgen unserer Mitarbeiterinnen bisher zugestimmt haben, wie ja auch Genossin Brunner bestätigt. Nun noch eine kleine Randbemerkung, die für die Leserinnen der „Gleichheit“ nicht ohne Interesse sein dürfte. Meine Absicht, immer noch mehr an Entschädigung für unsere Mitarbeiterinnen herauszuholen, wird in schlimmster Weise durchkreuzt durch ein Massenangebot billiger weiblicher Kräfte. Es vergeht kein Tag, an dem wir nicht aus bestimmten Kreisen Angebote zur Küchenarbeit bekommen, die vom Arbeiterstandpunkt aus beschämend sind. Da bieten sich Frauen an, die „nur unterkommen wollen“, andere, „die auf bares Geld nicht sehen“, wieder welche, die „nicht so hohe Ansprüche stellen“ usw. Es sind das freilich meist Frauen aus nichtproletarischen Kreisen. Frauen, denen jedes Verständnis dafür fehlt, was sie damit ihren Schwestern, die mitbedienen müssen, antun. Natürlich fürbt das ein klein wenig ab, mindestens schädigt ein solches Verhalten den Aufstieg der Arbeiterklasse. Wir lassen uns davon nicht beeinflussen, man kann sich aber leicht ein Bild machen, wie solche Vorgänge in anderen Kreisen wirken.

Ich hoffe, daß unsere geregelten Verhältnisse für andere Orte zum Anreiz werden, ein Gleiches zu tun.

Th. Thomas, Frankfurt a. Main.

Wir danken dem Genossen Thomas für seine Darstellung, die Genossin Brunners Mitteilungen vervollständigt und zeigt, daß die Verwaltung der Frankfurter Kriegsküchen von dem aufrichtigen Bemühen beseelt ist, den dort beschäftigten Frauen gute Arbeitsbedingungen zu schaffen. Unsere „Kritik zu berichtigen“ sind wir jedoch außer Stande. Wir unterschätzen keinen der Vorteile, die die Frankfurter Kriegsküchen den angestellten Frauen gewähren; besonders hoch werten wir die durchgeführte feste Regelung der Arbeitszeit mit dem freien Nachmittag in der Woche, den alljährlichen Ferien usw. Trotz alledem ist es uns jedoch unmöglich, die festgesetzten Löhne als Ideal zu preisen, als beispielgebendes Ziel, wie dies in Genossin Brunners Ausführungen geschah.

Gewiß: leider gibt es genug Frauenverdienst, der erheblich niedriger ausfällt als in den Frankfurter Volksküchen. Aber seit wann messen wir Sozialisten das zu Erstrebende, Fordernde an den niedrigsten Vergleichswerten und nicht an den höchstmöglichen? Das jedoch tut Genosse Thomas, indem er zum Vergleich die Arbeitsbedingungen im hauswirtschaftlichen Durchschnittsbetrieb heranzieht. Wir Sozialisten haben jederzeit behauptet, daß gerade diese Arbeitsbedingungen im allgemeinen die rückständigsten sind, die es für die Frauenarbeit gibt. Sie sind deshalb nicht als Maßstab der Wertung zu nehmen. Außerdem ist in unserem Fall zweierlei nicht zu übersehen. Die Festangestellten der Hauswirtschaft erhalten Wohnung nebst Beleuchtung, Heizung usw., und einigermaßen einrichtsvolle Familien sorgen auch für Kleidung, Wäsche usw., während die Angestellten der Frankfurter Kriegsküchen für die betreffenden Ausgaben mit ihrem Lohn aufkommen müssen. Die Arbeit in den Kriegsküchen



ist den Umständen nach mehr oder weniger „industrialisiert“, sie nähert sich nach ihrer Art und den geforderten Leistungen mehr der Beschäftigung in einem industriellen Großbetrieb als dem Schalten und Walten in einem Privathaus. Durch Arbeitsteilung, Dampf, Elektrizität, maschinelle Einrichtungen usw. wird die einzelne Ver- richtung erleichtert; wie die Dinge aber heute liegen, läuft die Ge- samtsumme der nötigen Leistungen auf große Anspannung der Kraft durch eintöniges, intensives und aufreibendes Schaffen hinaus. Wir sind daher der Ansicht, daß die Bezahlung in den Kriegsküchen — in Frankfurt wie andertwärts — nicht mit den üblichen Diensthö- löhnen verglichen werden darf, sondern an den Löhnen der „freien“ Arbeiterinnen zu messen ist. Da bleibt die Tatsache bestehen, daß sogar die „freien“ Wäsch- und Scheuerfrauen einen höheren Tages- verdienst haben als die Angestellten in den Frankfurter Kriegsküchen.

Genosse Thomas meint freilich, solche Vergleiche von vornherein ein für allemal mit der Verufung darauf abtun zu können, daß die Frankfurter Kriegsküchen gemeinnützige Einrichtungen seien, die nicht Überschüsse herauswirtschaften, vielmehr bedeutende Zuschüsse er- fordern. Wir würdigen den Charakter und das Ziel der Kriegsküchen, sind aber altmodisch genug, auch in der Zeit des großen „Umlernens“ den Grundsatz festzuhalten, daß gemeinnützige Einrichtungen in jeder Hinsicht Musteranstalten sein sollten. Deshalb anerkennen wir gern, was ehrenamtliche Arbeit in solchen Einrichtungen opferfreudig leistet, können uns aber nicht damit abfinden, daß neben der ehrenamtlichen Arbeit nicht vollbezahlte, höchstbezahlte Arbeit verwendet wird. „Spar- samkeit“ aus Not- und Zweckmäßigkeitsgründen täuscht in diesem Falle über das, was in der kapitalistischen Ordnung gemeinnütziges Wollen schaffen und leisten kann. Die nicht vollwertige Entlohnung in ge- meinnützigen Einrichtungen wirkt überdies auf die Entlohnung im gewöhnlichen Privatbetrieb zurück, der nur der Mehrwertpresserei dient.

Genosse Thomas hat natürlich alles getan, was in seinen Kräften stand, um die Arbeitsbedingungen in den Frankfurter Kriegsküchen möglichst günstig, mustergültig zu gestalten. Er trägt keine Verant- wortung dafür, daß wir trotz allem Guten, was dort besteht, „be- gehrtlich“ noch Besseres wünschen müssen. Genosse Thomas kommt bei seinem eifrigen Streben nach diesem Besseren nicht um die eine fatale Tatsache herum: Nämlich daß in der kapitalistischen Ordnung auch die gemeinnützigen Einrichtungen im allgemeinen irgendwo mit den Schönheitsfehlern und Muttermalen eben dieser Ordnung behaftet sind. Wir stimmen ihm in dem Wunsche zu, daß die ge- regelten Verhältnisse in den Frankfurter Kriegsküchen den Genos- sinnen ein Anreiz werden, nach solchen Verhältnissen zu streben. Doch halten wir die Ansicht aufrecht, daß die Genossinnen überall kraft- voll für noch höhere Entlohnung eintreten müssen, als sie in Frank- furt gewährt wird.

**Arbeiterinnenlöhne in Leipzig im letzten zehn Jahren.**  
Unsere soziale Statistik ist noch nicht soweit ausgestaltet, daß sie über die Löhne der Arbeiter gewissenhafte und fortlaufende Aus- kunft gibt. Was wir über die Lohnverhältnisse der Arbeiter wissen, beruht auf privaten Untersuchungen oder der Benutzung von Be- rechnungen für besondere Zwecke. In erster Linie kommen bestimmte Geschäftsergebnisse der sozialen Versicherung in Betracht, insbeson- dere der Krankenkassen. Bekanntlich haben die Unternehmer die Verpflichtung, diesen Klassen die Löhne der von ihnen beschäftigten Personen mitzuteilen. Daraufhin werden die Versicherten verschie- denen „Lohnklassen“ zugeteilt. Aus der Besetzung der einzelnen Klassen lassen sich Rückschlüsse auf die Lohnverhältnisse der Ver- sicherten einer Klasse ziehen. Die auf diesem Wege erzielten Lohn- statistiken haben besondere Bedeutung seit Einführung der Reichs- versicherungsordnung erlangt. Sie erweitere den Kreis der Kranken- kassenmitglieder, indem sie die Versicherung auf alle gegen Gehalt oder Lohn beschäftigten Personen ausdehnte, ferner schuf sie große Allgemeine Ortskrankenkassen. Vorbildlich sind namentlich die Lohn- statistiken der Ortskrankenkasse Leipzig geworden, die zu den größten Krankenkassen des Reichs zählt.

Aus den Feststellungen dieser Klasse, die das Reichsarbeits- blatt regelmäßig jedes Jahr mitteilt, gewinnt man einen interes- santen Überblick über die Löhne der Arbeiterinnen im Verlauf der letzten zehn Jahre. Es zeigt sich dabei, daß die behauptete Steige- rung der Löhne nur eine verhältnismäßig geringe gewesen ist. Die Klasse hat zehn verschiedene Lohnklassen. Für die Arbeiter- innen kommen hauptsächlich die 7. und 8. Klasse in Frage, die Mitglieder mit einem Tagesverdienst von 2,01 bis 3,25 Ml. umfassen. Im Januar 1908 gehörten diesen beiden Lohnklassen 26,0 Prozent sämtlicher weiblicher Pflichtmitglieder an. Dieser An- teil stieg auf 31,6 Prozent im Jahre 1908, 35,8 Prozent im Jahre 1910, 37,8 Prozent im Jahre 1912, 39,8 Prozent im Jahre 1914 und 42,4 Prozent im Januar 1916. In dem Maße, wie die Mit- glieder dieser beiden Lohnklassen zugenommen haben, nahmen die

der unteren Klassen ab; die höheren Klassen erfuhren nur eine geringe Zunahme ihres Mitgliederstandes.

Im Januar 1916 zählte die Leipziger Klasse 55 608 weibliche Pflich- tmitglieder. Es hatten davon einen Tagesverdienst: bis 1,50 Ml. 17,6 Prozent, 1,51 bis 2 Ml. 17,0 Prozent, 2,01 bis 2,50 Ml. 20,9 Pro- zent, 2,51 bis 3,25 Ml. 21,5 Prozent, 3,26 bis 3,50 Ml. 8,2 Pro- zent, 3,51 bis 4 Ml. 9,2 Prozent, 4,01 bis 4,50 Ml. 2,1 Prozent, 4,51 bis 5 Ml. 1,6 Prozent, 5,01 bis 5,50 Ml. 0,5 Prozent, 5,51 Ml. und mehr 1,4 Prozent. Hieraus geht hervor, daß 77 Pro- zent der Arbeiterinnen, also mehr als drei Viertel, einen Tagesverdienst nur bis zu 3,25 Ml. hatten. Und das in einer Großstadt wie Leipzig, in der die Lebenshaltung besonders teuer ist.

Eine Betrachtung der einzelnen Erwerbszweige ergibt, daß in der Textilindustrie die Löhne verhältnismäßig gut waren. Der Anteil der Arbeiterinnen mit einem Tagesverdienst von 2,01 bis 3,25 Ml. ist hier von 32 Prozent im Jahre 1908 auf 41 Prozent im Jahre 1916 gestiegen. Außerdem gab es 1916 20,5 Prozent Textilarbeiterinnen, die einen Verdienst von 3,26 bis 3,50 Ml. hatten. In der Be- kleidungsindustrie stiegen die Arbeiterinnen mit einem Tages- verdienst von 2,01 bis 3,25 Ml. zwar von 20,6 Prozent im Jahre 1908 auf 44 Prozent im Jahre 1916, doch betrug in diesem Jahre die Zahl der Arbeiterinnen mit einem Verdienst von 3,26 bis 3,50 Ml. nur 4,6 Prozent. Arbeiterinnen mit einem Tagesverdienst von 2,01 bis 3,25 Ml. gab es 1908 in der Papierindustrie 35,5 Prozent, im Jahre 1916 aber 33,0 Prozent. 1913 hatte der Anteil der be- treffenden Arbeiterinnen 47 Prozent betragen, es ist also seither eine erhebliche Verschlechterung eingetreten. Im Handelsgewerbe erhöhte sich der Anteil der weiblichen Erwerbstätigen, die zu der 7. und 8. Lohnklasse gehören seit 1908 bis 1916 von 28,1 Prozent auf 39,2 Prozent. 1916 hatten 36 Prozent einen geringeren Ver- dienst, und nur etwa 25 Prozent einen höheren Verdienst als die betreffenden Säuge. Verhältnismäßig am besten dürften die Löhne im Gastwirtschaftsgewerbe sein, in dem 58 Prozent der weib- lichen Angestellten einen Verdienst von mehr als 3,25 Ml. hatten. Sehr niedrig sind die Löhne im Nahrungsmittelgewerbe, wo 74 Prozent der Arbeiterinnen weniger als 2,50 Ml. erhielten. Man sieht, was auch andere Tatsachen bestätigen, daß der Krieg auf die Löhne der weiblichen Erwerbstätigen mehr niederdrückend als steigend gewirkt hat.

### Verschiedenes.

**Ich lebe noch!** Nach langem, langem Warten eine knappe Feld- postkarte. Nur drei Worte: „Ich lebe noch!“ Es war in den Honzo- kämpfen. Sie gingen weiter. Das Bataillon stritt dann tapfer am Doberdo. Was mag wohl seither geschehen sein? Frau und Kinder, greise Eltern und Geschwister klammern sich an die drei Worte. Tag um Tag vergeht, es kommt kein zweites Lebenszeichen; aber sie lesen immer wieder die alte Karte, glauben, daß die drei Worte eben geschrieben worden sind. Schon ist die Schrift verblaßt, manche Träne hat die Buchstaben weggewischt, aber sie lesen noch immer die drei Worte und schöpfen Trost und Hoffnung aus dem „Ich lebe noch“.

(Aus der Wiener Arbeiterzeitung.)

Wir empfehlen

## Einbanddecken zur Gleichheit

Jahrgang 1915/1916

und zwar Decken für das Hauptblatt und die Beilage Für unsere Mütter und Hausfrauen sowie Decken für die Kinderbeilage.

Preis zusammen 1 Mark.

Bei direkter Zusendung 30 Pf. mehr für Porto. Titelblatt und Inhaltsverzeichnis werden den Decken unentgeltlich beigegeben.

Vollständig gebundene Jahrgänge der Gleichheit und der Kinderbeilage sind vorrätig. Preis zusammen 4 Mark.

Bestellungen nehmen die Austrägerinnen der Gleichheit sowie alle Buchhandlungen entgegen.

Vorrätig sind noch die Einbanddecken zu den Jahrgängen 1908/1909 bis 1914/1915. Preis je 1 Mark.

Expedition der Gleichheit, Stuttgart, Furtbachstraße 12.

Verantwortlich für die Redaktion: Frau Clara Betlin (Bundes-), Wilhelmshöhe, Post Degerloch bei Stuttgart.

Druck und Verlag von J. G. W. Metz Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart.